

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljähriger Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., vierteljährlich 2 M.,
vierteljährlich 1 M., ohne Postgeb.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ernst Schulze in Halle.
[Kunstrecher-Verbindung mit Berlin, Weipolzig, Magdeburg ic.
Anschluß-Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spalte oder deren Raum
mit 20 Bl., solche aus Halle mit
15 Blg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Kunnoncen-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Zeile 60 Blg.,
Erhalten wöchentlich postfrei,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 558. Halle a. d. Saale, Montag den 29. November. 1897.

Bestellungen für den Monat Dezember

Bei allen Reichspostanstalten 1 M. — Für Halle und Siebichenstein nehmen unsere Expeditionen und
Mitsrüger Bestellungen an, zu 0,85 M. bei einmaliger, zu 1 M. bei zweimaliger Zustellung.
Bei verpäteter Bestellung werden wir stets bereit sein, fehlende Nummern unentgeltlich nachzuliefern.

Die Expedition.

Zur Eröffnung des Reichstages.

Morgen beginnt der Reichstag die letzte Session der laufenden
Legislaturperiode. Dieser Gesetzgebungsabschnitt ist von
besonderer Bedeutung, weil er die Meinungen zum Reichstage
einleitet. Zunächst liegt die Vorbereitung auf Seiten der
Regierung schon jetzt für die Kämpfe, die vorausgesetzt werden.
Die Art, in der die Einbringung des Gesetzesentwurfes über die
Flottenvermehrung eingeleitet wird, ist ganz ungewöhnlich.
Nicht der Gesetzentwurf selbst wird vorgelesen, sondern ein
ziemlich langer Leitartikel über den Gesetzentwurf und zwar in
einer Sonderausgabe des Reichsanzeigers. Diese Art der Be-
stimmung muß befremden. Um 6 Uhr abends hat jede
berliner Redaktion den Reichsanzeiger. Das war auch am
Sonntag der Fall. Aber abdem heißt M. T. V. den
Redaktionen mit, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ am Sonntag
abend nicht erscheinen werde, sondern die Ausgabe erst am
Montag morgen erfolge, daß aber eine besondere Ausgabe
von Wolffscheils Nachrichten noch etwas früher eingehe.
Man wachte nicht, was man aus dieser Mitteilung machen
sollte. Hatte sich vielleicht in Wien gewisse Ereignisse vollzogen,
die durch eine Extraausgabe der bekannten blauen Zeitschrift des
Wolffscheils Bureau gemeldet werden sollten? Telephonische
Anfragen, was die Sonderausgabe enthalten werde, bewirkten
keine blühende Antwort. Man blieb im Unklaren. Die Ver-
zögerung der Ausgabe der „Nordd.“ gleichzeitig wieder hier oder
dort dahin gedeutet, daß das offiziöse Blatt vermuthlich den
Gesetzentwurf über Militärgerichtsbarkeit veröffentlichte.
Erst um 9 Uhr abends erfolgte die Mitteilung durch Meldung
über die Sonderausgabe der „Nordd. Allg. Ztg.“, son-
dern des Reichsanzeigers. Wechselt konnte dieser lang-
zeitige Artikel des Reichsanzeigers nicht schon drei Stunden früher in
der gewöhnlichen Ausgabe erscheinen? Wie kommt man zu
einer so ungewöhnlichen Art der Vorbereitung der Aufnahme
eines Gesetzesentwurfes?

Ungeheuer ist der Anlauf des Reichsanzeigers bestimmt,
einen großen Theil der Presse, die der Flottenplan günstig
gegenübersteht, die Wägen der Kritik abzunehmen. Die Be-
seitigung geschieht in einem Augenblick, wo die gegnerischen
Zeitungen fast durchwegs keine Zeit mehr hatten, den Anlauf
engehend zu prüfen und zu besprechen. Denn die man inslanke
ist, einen so langen Anlauf mit einer Lummene von Zahlen zu
lesen und zu prüfen, ist Wütherrath, und die Zeitungen wollen
nicht nur geschrieben, sondern auch gelesen, gedruckt und verkauft
werden. Es ist denn in der That erreicht worden, daß der
Anlauf des „Reichsanzeigers“ fast allenthalben nur abgedruckt
wurde, ohne daß die oppositionellen Blätter sich auf eine
eigentliche Widerlegung machen konnten. Das war also dem
Staatspunkt der Regierung eine ganz geschickte List. Aber
freilich, sie ist auch so offensichtlich, daß jedermann sie durch-
sah, und das thut ihrer Wirkung Abbruch, besonders da man
sich fragen muß, weshalb ein solches Verfahren eingeschlagen
wurde, wenn eine Vorlage gut genug begründet ist, um jede
Kritik anzupflanzen.

Ueberrascht auch diese Methode, mit der Herr Tirpitz die Reichs-
tagssession und damit vielleicht den Wahlkampf einleitet, zeigt,
welche Bedeutung die nächsten Monate für die innere Politik
des Deutschen Reichs haben. Früher wäre es nicht denkbar
gewesen, daß so große Mehrheitsveränderungen, wie sie jetzt für
Marinezwecke gestellt werden, einfach auf die gewöhnlichen Ein-
nahmen des Reichs angewiesen werden. Man erinnert sich
noch, welches ganze Mittel von Steuern geordert wurde, als
es sich um die Aufzehrung des Grafen Caprivi handelte.
Damals wurde angedroht, daß schlechthin drei neue
Steuern müßten nachgeholt werden, um den Bedarf zu
decken. Es wurde angekündigt, daß man doch nicht
neue Ausgaben bewilligen könne, ohne neue Einnahmen
zu schaffen, sonst stürze man uns in Uferlose. Aber der
größte Theil der Kosten des Kriegszweiges hat dennoch aus-
gedrückt werden können, ohne daß außer der Erhöhung der
Börsensteuer neue Steuererwerbungen fiktiv werden brauchen.
Man kann aus diesem Beispiel ersehen, wie nützlich es bis-
weilen ist, wenn eine Volksoberleitung mit voller Schikraft
Steuerpläne befaßt und gegen die schonsten Beweiskräftigkeiten
der Regierung. Jetzt aber sagt gar der „Reichsanzeiger“, also
zweifelsohne auch die Reichsregierung, daß die großen Mehr-
heitsveränderungen für die Marine ganz ohne Vermehrung der Steuern
ausfallen wird ausgeführt werden können. Das ist eine
etwas gewagte Behauptung, da man eine halbe Milliarde nicht
so leicht aus dem Armeeliste schmückt. Allein hinsichtlich dieser
Abweisung von Steuerplänen ist nicht nur für den gegen-
wärtigen Reichstag, sondern auch für die Vorbereitung der
Nächsteren berechnet. Man will offenbar den Gegnern der
Marinepläne wenigstens die Wäse aus den Händen nehmen,
die in der Zukunft vor Steuererwerbungen läge. Es scheint
also, als ob die Reichsregierung mit einiger Sicherheit auf die
Auflösung des Reichstages rechnet. Es wird sich zeigen, ob
sie darin irrt. Da der Reichstag die Forderungen des Herrn
Hollmann nicht genehmigt hat, die Pläne des Herrn Tirpitz
aber über die des Herrn Hollmann noch weit hinausgehen, so
ist die Lage allerdings ziemlich kritisch. Es kommt hinzu, daß

diesmal der Marineplan gesetzlich festgelegt werden soll, was
in der Wirkung thatsächlich auf eine Einschränkung des Ver-
fassungsrechts des Reichstages hinauskommt, und daher selbst
von national-liberalen Vätern, die den Flottenplänen sehr
freundlich gegenüberstehen, bekämpft wird. Es wäre auch vom
Standpunkte der Regierung vollkommen begründet, daß sie den
Reichstag wegen der Ablehnung von Flottenforderungen auf-
löste, denn das wäre noch die einzige Wahlparole, die die
Regierung heute ausgebenen vermöchte. Von dieser Frage der
Wahlparole abgesehen, hat die Regierung überhaupt keine Wahl-
parole. Sie hat keinerlei Wähler, der weit verbreiteten Be-
stimmung und Unzufriedenheit entgegenzuwirken und in der
That wenigstens eine Reihe von Parteien unter ihr Banner zu
sameln. Auch haben die Befürworter erfrühungsmäßig noch
immer am besten zu Gunsten der Regierung bei den Wahlen
gewirkt, woraus freilich noch nicht hervorgeht, daß sie diese
Wirkung auch jetzt ausüben werden.

Denn die Verhältnisse ändern sich. Mit Recht sagt ein
national-liberales Blatt: 1897 ist etwas anders als 1877.
Damals vor zwanzig Jahren stand man mitten in einer in
der That progressiven Periode und auch teilweise liberalen
Gesetzgebung. Die meisten wirtschaftlich betrieblenden Gesetze
entstanden jener Zeit. Die nationale Einheit wurde durch die
Zufügung und die Reichsgesetze wesentlich gefördert. Selbst
der Aufnahmestritt hatte die Regierung und das liberale Bürger-
thum einziger anerkannter Gesichtspunkt. Es herrschte bei einem großen
Theil des deutschen Volkes eine lebhaftere der Regierung durchaus
günstige Stimmung. Und an der Spitze der Politik stand ein
Mann wie Fürst Bismarck. Wären wir jetzt auf die letzten
Jahre zurück, so man unabhässig jodische und persönliche
Uebervassungen erfahren und die herrschende Stimmung
formen angenommen hat, aus denen das neue Wort „Reichs-
verdorbenheit“ hervorgegangen ist, so wird man alles eher als
vom Standpunkte der Regierung mit Aufrichtigkeit den Neu-
wahlen entgegenzusehen können. Herr v. Bennigsen hat es
in Reichstagen offen ausgeprochen, er würde die Flottenange-
legenheit für sehr unglücklich halten, denn wie auch sonst die
Wahlparole nicht, einen Reichstag, der mehr für die Flotte
benötigt als der gegenwärtige, werde man sicher nicht zusam-
menbringen. Aber Herr v. Bennigsen, der Bismarck jetzt
vom Amt zurück und zugleich vom politischen Schachbrett ab-
und wunderlich zu den Flottengegnern oder wenigstens den
Gegnern dieser Flottenpläne gehören allenthalben auch die An-
hänger des Bundes der Landwirthe. Und andere, sonst den
konservativen verwandte Parteien, versichern, sie würden sich
durch die Flottenparole in keiner Weise hindern lassen, zunächst
und vor allem die konservative Partei zu besänftigen, da deren
Berechnung die erste Voraussetzung für eine Bindung unseres
öffentlichen Lebens sei.

Unter diesen Umständen beginnt die neue Session. Somit
steht eine Regierung den Wahlen nicht dadurch vorzuziehen,
daß sie thumtliche liberale Reformen verwirklicht. Das soll auch
nicht auf zwei Gebieten geschehen, einmal durch die Militärstraf-
prozessordnung und sodann durch die Entscheidung unglücklich
verurtheilter Personen. Aber noch dem Inhalt, wie er bisher
angekündigt ist, kann man kaum auf die Annahme dieser Ent-
würfe rechnen, unter Umständen sind sie nur geeignet, den
Gegensatz zwischen Regierung und Volk zu betonen, zwischen
herrschender Politik und öffentlichem Rechtsbewusstsein zu ver-
schärfen. Aber wie denn auch jetzt, jedenfalls wird die beginnende
Session des Reichstages eine Klärung der inneren Lage bringen
müssen. Schon jetzt ist ungewisshast, daß es an scharfen Aus-
einandersetzungen nicht fehlen wird. Denn man hat in weiten
Kreisen die Empfindung, als sei Fürst Bismarck nur noch
Platzhalter für einen Mann von der schärfsten Tenor. Am
30. November beginnt die Tagung; wie sie enden wird, weiß
niemand. Es giebt Leute, die behaupten, daß schon im Januar
die Auflösung des Reichstages und dann in kürzester Frist die
Wahlen stattfinden werden, wobei immer im Auge zu behalten
ist, daß verfassungsmäßig der Reichsanzeiger am 1. April seine
Gültigkeit verliert, bis dahin also der neue Etat fertig gestellt
sein müßte.

Deutsches Reich.

Sof- und Veronalnachten.

Berlin, 29. Nov. Der Kaiser traf gestern abend 10 Uhr
20 Min. mit Sonderzug wieder auf der Westbahnstation ein.
Der berliner Überbürgermeister Heile und gestern abend im
großen Saale des Rathhauses ein Festmahl, zu dem neben
den Mitgliedern der städtischen Behörden u. a. der Reichsaus-
sichtsposten, die des Minister Wiquel, Graf Bismarck,
v. Wolff, Zschelen, v. d. Mede, Schönstedt, Wertheim
und v. Bismarck erschienen waren.
Der Schulgesundheitsrat des Fürsten Bismarck ist laut
Mittheilung aus Hamburg, noch immer nicht ganz betrieblig;
gleichwohl ist kein Anhalt zu Verleumdungen vorhanden. Graf
Herbert mit Gemahlin, ebenso Graf Wilhelm sind gegenwärtig
in Bismarck anwesend, einen aber nächster Tage wieder
ab. Sonstige Besuche haben in letzter Zeit nicht stattgefunden.

Die Flottenvorlage.
In einer besonderen Ausgabe veröffentlicht der „Reichs-
anzeiger“ den Entwurf eines Gesetzes betr. die
deutsche Flotte. Wir theilen angezogen ihrer Wichtigkeit
die Vorlage in ihrem vollständigen Wortlaut mit.
Eine vorläufige Beleuchtung derselben enthält der heutige Leit-
artikel; einige weitere Bestimmungen darüber theilen wir weiter
unten mit. Der Entwurf, wie er vom „Reichsanzeiger“ mit-
geteilt wird, lautet folgendermaßen:

Die zur Zeit vorhandene Kriegsmarine bedarf der Verstärkung,
um den erheblichen Interessen des Deutschen Reiches
im Frieden und Frieden den erforderlichen Schutz zu gewähren.
In die für diese Verstärkung eine gesunde Grundlange zu gewinnen,
müssen sich die beiden getragenen Faktoren vor allem darüber
einigen, wie stark die deutsche Flotte werden soll. Zu diesem
Zwecke ist eine Veranschlagung des Reichstages über die
Zustände der Marine nicht zu umgehen. Eine solche ist aber
nur zu erzielen, wenn dem Reichstage ein Wien form eines
Gesetzesentwurfes vorgelegt wird. Dem von Bismarck, welche
die verschiedenen Regierungen in Form von Denk-
schriften vorgelegt, nimmt der Reichstag nur Kenntniß.
Nebenbei in der Entwicklung der Flotte eine gewisse Ruhe
eingetreten ist und in allen Marinen im wesentlichen dieselben
Verhältnisse vorhanden sind, lassen sich die Verhältnisse in den
letzten Jahren hauptsächlich der Durchbreitung der organisa-
torischen, technischen und strategischen Fragen gewidmet. Es sind
heute die Aufschauungen hierüber zu stellen, daß unbedenklich
Stärke und Zulammenhang der deutschen Kriegsmarine gesetzlich
festgelegt werden kann.

In dem von den verschiedenen Regierungen aufgestellten Geset-
sentwurf wird der Schiffsbestand der deutschen Flotte, ab-
gesehen von Torpedobooten, Schulschiffen, Spezialschiffen und
Kanonbooten, wie folgt normirt: Verwendungsbereit
sollen sein 17 Linienfahrzeuge, 8 Küstenpanzerschiffe, 9 große und
25 kleine Kreuzer, 43 Minierboote, 12 Kanonenboote,
22 U-Boote, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Diese Stärke der
Flotte wird von den verschiedenen Regierungen als ausreichend,
aber auch als unerlässlich bezeichnet, wenn das Reich seine
maximalen Aufgaben erfüllen soll. In Verbindung kommen auf
diesen Schiffbau von dem 1. April 1898 vorzubringen und im
Richt der künftigen Schiffe als U-Boote 12, als Küstenpanzer-
schiffe 8, als große Kreuzer 10 und als kleine Kreuzer 23. Es
sind also an Neubauten noch erforderlich 1 Linien-
schiffe, 2 große und 7 kleine Kreuzer. Die gegen-
wärtige Zahl der Küstenpanzerschiffe wird für ge-
wöhnlich erhalten.

Unzureichend ist der Anstellung eines gesetzlich begrenzten
Schiffbestandes der Flotte ist die Festlegung der Frist, binnen
welcher dieser Bestand erreicht werden muß. Es ist dies nur
die langsame Konvention aus der ersten Vorlage. Würde hier
die Zahl der Schiffe, die in die Flotte zu bringen sind, ein-
gangs ins Angelegenheit gerückt und damit ein Zustand festgelegt,
den man eben durch die gesetzliche Regelung der Dinge ein-
deutig machen will. In dem Entwurf wird daher folgendermaßen
verlangt, daß die Mittel für die erforderlichen Neubauten so
rechtzeitig in die Reichskasse einzufließen sind, daß
die Zahl der Schiffe bis zum 1. April 1904 im wesentlichen
Zeitpunkt, nämlich bis zum Ablauf des Rechnungsjahres
1904, erreicht wird.

Auf die Dauer kann aber der Schiffbau nur aufrecht er-
halten werden, wenn für die nach Ablauf dieser natürlichen
Schleife neuer Schiffe zu beschaffenden Schiffe rechtzeitig Ge-
bühren an den Staat zu leisten. Diese Gebühren werden von dem
Marineverwaltungsrath für Minier- und Küstenpanzerschiffe auf
25 Jahre bemessen. Auch hier fordert der Entwurf, daß
die Mittel für diese zur Erhaltung des Schiffbestandes not-
wendigen regelmäßigen Einzahlungen rechtzeitig in den Etat an-
genommen werden.

Damit schließlich im Kriegsfalle die Schlachtschiffe leisten
kann, was man von ihr erwartet, ist ein bestimmtes Maß von
Industrieleistungen während des Friedens und das dazu
erforderliche Verhältniß ungewisshast. Von dem Umfang der
Industrieleistungen hängt die Beschaffenheit der Schiffe ab,
die in der Schlachtschiffen ab. Da jede Organisation etwas Dauerndes
sein muß, so müssen auch die zur Durchführung derselben
notwendigen Industriehaltungen gesetzlich gesichert sein. Zu diesem
Zweck bestimmt die Vorlage, daß die Mittel für die Industriehal-
tungen der heimischen Schlachtschiffen jährlich bis zu vier
Böden in der Reichskasse einzufließen sind. Es ist dabei
dennoch im Dienst gehalten werden können, einen der Forderung
von aktiven Formationen 9 U-Boote, 2 große und 6 kleine
Kreuzer, zweitens als Stammschiffe von Marineformationen
4 U-Boote, 4 Küstenpanzerschiffe, 2 große Kreuzer und
6 kleine Kreuzer, drittens zur Ausrüstung von Marineformationen
auf die Dauer von zwei Monaten 2 U-Boote, 2 Küstenpanzer-
schiffe. Nach Weggabe des Verfalls unterliegt der jähr-
lichen Befreiung durch den Etat die Veranschlagung für
die Identifizierung der Torpedobooten, U-Boote, Küstenpanzer-
schiffe, Spezialschiffe und Kanonboote erforderlichen
Mitteln nachfolgend geordnet:

Das den Veronalnachten betrefl. so sollen nach dem
Gesetzentwurf an Defensions-, Unteroffizieren und Gemeinen
der Marineformationen, Wehrdispositionen und Torpedo-Ab-
theilungen vorhanden sein: 1 ein und einhalb Millionen Mark
für die Veronalnachten, 2 ein und einhalb Millionen Mark
für die zu aktiven Formationen der heimischen Schlachtschiffe
gehörigen Schiffe, die Hälfte der Torpedobooten, die Schulschiffe,
die Spezialschiffe; 3 Veronalnachten für die zu Marineformationen
gehörigen heimischen Schlachtschiffe gebührenden
Schiffe, sowie die zweite Hälfte der Torpedobooten; 4 der
Veronalnachten, 5 ein und einhalb Millionen Mark. Die
nach Weggabe dieser Grundzüge erforderlichen Einzelheiten des
Veronalnachten durch verschiedenen Kategorien bleiben der jährlichen
Festlegung durch den Reichsanzeiger-Etat vorbehalten.

Bei der Ausrüstung des Materialen sind folgende Er-
werbungen nachfolgend geordnet:
Das bisherige Verfahren, die Materialen ausländischen
Stationen, auf denen Deutschland größere Interessen hat,
mit kleinen Kreuzern zu besetzen und daneben eigene Schiffe
mit größerer Geschwindigkeit im Dienst zu behalten, hat sich be-
währt. Erforderlich sind zur Veranschlagung der heutigen See-
interessen des Reichs im Auslande 2 große Kreuzer (2 in Ita-
lien, 1 für Mittel- und Südamerika), 10 kleine Kreuzer (2 in
Italien, 3 in Mittel- und Südamerika, 2 in Afrika, 2 in



erkannt, daß das Lokomotiv- und Zugpersonal überbildet ist, denn viele wären es anders zu erklären, daß gerade diese auf verantwortungsvollen Posten stehenden Leute „unter Umständen“ nur „mit Schwermüdigkeit“ sich mit dem Zustande der Anstalten vertraut machen können? Da müßte all das unendlich in Betracht gewordene Personal nicht, da hilft nur Entlastung und Vermehrung des Personals, sowie Verbesserung und Umgestaltung der vorhandenen Einrichtungen. Da liegt aber der Sole im Pfeffer!

* Die bereits kurz erwähnte Beschlagsnahme des „Klabberadach“, welche am Sonntag vormittag in Berlin erfolgt, erregt großes Aufsehen. Die Kommission, die durch ein starkes Aufgebot von Polizeimännern in den Zeitungsküsten, bei den Straßenhändlern und in den öffentlichen Lokalen erfolgt, gründet sich aus einem Aufw. auf der letzten Seite der betr. Nummer. Das Wd. beschäftigt sich mit der viel besprochenen Rede des Kaisers an die Hetzeten und zeigt unter dem Titel „Aus dem Lager der bismarckischen Ozeanographen“ Friedrich von Groben, Napoleon I., Alexander der Große und Kromböld, die aus Zeitungen von dem Inhalt der Rede Kenntnis nehmen.

* Der Prozess, den Hermann Schumann gegen die Berliner „Volkss-Zeitung“ wegen angeblicher Verleumdung angeklagt, wird am kommenden von außerordentlichem Interesse werden und den Verdet-Zitizens und Laub-Prozessen an Interesse in seinem Sinne nachsehen. Es würden, den genannten Punkte zufolge, in der Sache Mann zur Klage nicht anzuwenden, sondern anliegen genügt werden, die in öffentlichen Leben eine hervorragende Rolle spielen, außerdem andere Persönlichkeiten, von denen als von „kommenen Männern“ wiederholt gesprochen worden ist. Vielleicht würde bei dieser Gelegenheit in dunkle Winkel hineingeuchtet werden, die aufzuklären bisher nicht gelungen ist.

* In der Angelegenheit des Ober-Telegraphen-Assistenten P. Schmidt in Berlin gegen die Reichspost- und Telegraphenverwaltung erwirkt wegen Verletzung der früheren Post- und Telegraphenverträge während der Reichsregierung zwischen dem Reichspost- und Telegraphen-Assistenten und dem Reichspost- und Telegraphen-Assistenten, die die vier Civilisten des Reichsgerichts unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten v. Schlegelstein dahin erkannt, daß Schmidt des Civilrechts des Kammergerichts vom 29. Dezember 1896 aufgeben und zur anderweitigen Verhandlung an das Bezirksgericht zurück zu verweisen. Das Landgericht hatte f. u. n. den Kläger den Betrag von 500 M. nebst 5 Proz. Zinsen zugesprochen, der Reichsgericht hatte durch seine Vertreter Verurteilung gegen dieses Urteil einzuwenden. Das Kammergericht ist in der Verhandlung überaus nicht einverstanden, da es der Meinung war, daß die verschiedenen Verordnungen, nicht Gesetzbestimmungen seien. Das Reichsgericht hat durch seinen Beschluß nunmehr entschieden, daß diese Auffassung irrig ist. Der Prozess ist von großer finanzieller Tragweite, da es sich um mehrere hundert Tausend handelt.

* Im Wochenprozeß gegen Bawowski und 24 andere Angeklagte, welche wegen Vergehens gegen das Verbot der Anzeigen und Demonstrationen vor der Wahlung des Abgeordneten Reichstages vorgeworfen in Schwabau wurden, dem Angeklagte zu Strafen von drei Wochen Gefängnis bis zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. Bawowski erhielt 75 M. Geldstrafe, 16 Angeklagte wurden freigesprochen.

* Dem Reichsangehörigen zufolge ist der Wirt. Geh. Ober-Regierungsrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Reichshof, zum Ministerialdirektor ernannt.

Sozialwirtschaftliches.

* In einem ähnlichen Falle wie in v. J. eine Anzahl baltischer Darlehenskassenvereine gebildet, die aber einen wirklichen Geschäftsbetrieb bis auf die neueste Zeit nicht entwickelt haben. Seitens der betr. Kreisverbandskasse war als Grund dafür angegeben, daß noch mit dem Geldgeber (Centralgenossenschaft) oder anderen Instituten wegen dergebotenen entsprechenden Kapitalien verhandelt werde. Die hierin ausgesprochene Auffassung von der Aufgabe des Genossenschaftswesens hat der Landwirtschaftsminister in einem den beteiligten Behörden zugegangenen Erlasse gemißbilligt.

Aus jener Erklärung, so heißt es in der Verfügung, ergibt sich, daß die Vertheilung den Zweck der Genossenschaftsbildung und die Aufgabe der Genossenschaft lediglich in der Veranschaulichung der Kapitalien und deren Vertheilung auf die rechtlichbestimmten Mitglieder der Genossenschaft erblickt. Die Bedeutung der Genossenschaft bezieht sich hierbei auf die erleichterte Inanspruchnahme fremden Kredits, die durch die der Solidität der Genossen gewährte Sicherheit ermöglicht wird. Eine solche Auffassung widerstreitet indessen den Wesen einer Genossenschaft, welche beabsichtigt sein muß, die erforderlichen Gelder in erster Linie in sich selbst durch Veranlagung von Sparanlagen und Depositen aufzubringen und nur ausnahmeweise und vorübergehend fremden Kredit in Anspruch nehmen soll. Allerdings pflegt bei neu begründeten Genossenschaften die Nachfrage nach Geld das Angebot zu überwiegen, aber um so mehr ist es notwendig, von vornherein das Ziel der genossenschaftlichen Entwicklung richtig ins Auge zu fassen und durch gerechtfertigte Arbeit das Interesse der Mitglieder für den Einlage- und Sparverkehr und die Vermittlung dessen auch für wohlhabendere Mitglieder sich bietenden Vorteile zu erwecken. Sollten nach der Begründung des Vereins die Vermögensgegenstände eine getriebliche Entwicklung der Genossenschaft in diesem Sinne nicht vorhanden sein, so wäre es richtiger gewesen, von der Bildung von Genossenschaften überhaupt abzusehen und die Verbesserung des Personalrechts durch eine entsprechende eingerichtete öffentliche Sparkasse anzustreben, wie das schon in dem Bundesratse vom 26. Juni 1896 empfohlen ist.

* In einigen Blättern wird ein Fragebogen veröffentlicht, welcher bei den Erhebungen des Wirtschaftlichen Ausschusses über die infandible Produktion den Sachverständigen vorgelegt werden solle. Zur Beantwortung der Fragebogen sind auf die infandible Produktion, die Art der Produktionsbedingungen sich nach den Rechtlichen jedes einzelnen Gewerbezweiges richten und demnach für die verschiedenen Industriezweige verschieden gehalten wird. Der veröffentlichte Fragebogen geht nur allgem. Schema, auf Grund dessen die für jede Gruppe sich ergebenden Fragen ausgewählt und ausgearbeitet werden.

* Der deutsche Bauernbund hat sowohl an den Reichstagskanzler wie an die Regierungen der einzelnen norddeutschen Reichsteile eine gemeinsame Petition des Reichstages eingereicht, in denen er um Erhebung der jetzigen Bestimmungen für die kommunale Arbeiterversicherung ersucht. Kennen!

wünscht er eine Umgestaltung der für Bauern auf Grund des neuen am 1. April 1895 in Kraft getretenen Kommunalabgabengesetzes erlassenen Abgabenerhebung bezüglich der Wirtschaftsveränderungen, der Differenzierung des Steuerfußes u. a. m. Weiter wird eine möglichst übereinstimmende Kommunalabgabenerhebung durch alle Bundesstaaten der Provinzialgenossenschaft verlangt, und der Reichstagskanzler erwidert, die Uebereinstimmung zwischen den verfassungsmäßigen Vorschriften und den durch die Kommunalabgabenerhebungen über die Besteuerung des Viehes zu wahren.

Ansland.

Graf Baden hat demissionirt.

Nachdem Kaiser Franz Josef gestern mittag die Ministerpräsidenten Grafen Baden und Baniß sowie die Minister v. Welserheims und v. Gausch empfing, wurde in einer Ministerialratsitzung am Nachmittag die Demission des Gesamtministeriums beschlossen. Der Kaiser hat die Demission sofort angenommen und den Freiherrn Gautsich von Frankenburg mit der Kabinettsleitung betraut. Vetterer, der 1885 unter Baden Ministerpräsident wurde, gehört der deutsch-liberalen Partei an. Der Reichspräsident wurde bis auf weiteres verlag.

Strafverurteilungen in Wien, Prag, Graz, Eger und Aß.

In Wien haben sich die Demonstrationen, zu denen Sonntag vormittag die Verhaftung des Abg. Wolf den Anlaß gegeben, mit kurzen Unterbrechungen während des ganzen Tages und am Sonntag wiederholt. Ihr Schauplatz war hauptsächlich der Franzensring vor Parlament bis zur Universität und die Umgebung der letzteren sowie der Judenplatz vor dem Ministerium des Innern. Ueber die Vorgänge liegen folgende Drahtnachrichten vor:

Wien, 28. Nov. 1 Uhr 10 Min. nachm. Vor dem Reichsgerichtsausschuß fanden im Laufe des Vormittags unangelegte Demonstrationen statt. Um 50,000 Menschen füllten die Räumlichkeiten vor der Universität bis zum äußeren Thor der Hofburg. Inerst schritt die vereinte Sicherheitskommission mit ihrer Begleitung ein, und als diese nicht ausreichte, traten Soldaten in Schichten ein und führten in kurzer Eile mit blanker Waffe die Strafe. Es fanden zahlreiche Verwundungen statt. Die Rettungsgesellschaft entfaltete viele Anbahnungen. Vor dem Landgericht für Strafsachen demissionierte eine etwa 10,000 Personen zählende Menge in Gestalt des höchsten Abgeordneten Wolf. Weitere Sicherheitsmaßnahmen ergreifen die Demonstranten mit blanker Klinge. Drei Personen sollen schwer verletzt sein; eine derselben soll mit gespaltenem Schädel in einem Krankenhaus liegen. Die Rettungsgesellschaft hat eine dritte Anbahnung entlassen.

Wien, 28. Nov. 3 Uhr 20 Min. nachm. Die Arbeitervereine in Prag, welche heute vormittag in allen Bezirken abgehalten wurden, sind zum Teil aufgelöst worden, da es in ihnen zu Kundgebungen gegen die Regierung kam. Die Arbeiter zogen dann größtenteils vor das Parlament und veranstalteten Kundgebungen, wurden aber von der Sicherheitskommission mit dem Militär zurückgeführt. Vor dem Landgericht und dem Landgericht mußte die Rede alsbald von den Waffen Gebrauch machen. Einige Personen wurden verletzt und 11 Verhaftungen vorgenommen.

Wien, 28. Nov. 6 Uhr 40 Min. nachm. Tausende von Menschen erfüllten heute nachmittag den Franzensring und den Rathhausplatz. Die Menge veranlaßte hier ein schärfe Kundgebungen gegen den Kaiser und Grafen Baden. Die Mitglieder auf den Freiwohnungen und Dankschreiben stimmten in die Mute mit ein. Wählig trat Stelle ein. Es verbreitete sich das Gerücht von der Demission des Grafen Baden. Wachtinspektoren und Wachleute erklärten, sie seien beauftragt, mitzuhalten, daß Graf Baden demissionirt habe. Die Wachtmeister erregten verurtheilte die Mitglieder auf einen Wagen, als er durch die Wachen demontiert wurde, und wiederholte sie dann aus einem Fenster des Rathhauses, indem er noch mitteilte, daß der bisherige Unterrichtsminister Gausch von Frankenburg mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt sei. Abg. Wolf wurde gestern abend wieder in Freiheit gesetzt. Eine große Menge verurtheilte den Soldaten und schickte ihn vom Landgericht über den Franzensring. Beim Vortraben und beim Parlament am 29. November Ovationen für den Abgeordneten Wolf.

Auch in verschiedenen anderen Städten kam es wieder zu stürmischen Straßenscenen, über die uns gemeldet wird:

Graz, 27. Nov. Vom böhmischen Regiment, das mit Steinen beworfen worden war, wurde in der Wutge gegen die Menge geschossen. Zwei Personen sind tot und mehrere verwundet. Die Wunden räumten dann die Straße mit dem Kanonen. Auf der Polizeiwache wurden vier bis fünf, die durch Bajonettklinge verletzt worden waren, verurtheilt, doch dürfte die Anzahl drei bis viermal größer sein. Auch unter der Wachmannschaft sind einige Verwundungen vorgekommen. Ein heute abendlicher Kundgebungen vorgenommen. Eine Abteilung Truppen hielt auf dem Auerspergplatz. Dem geistlich-sozialen Jäger Wolzels wurden alle Fenster eingeschlagen. Auch ein Autodas wurde veranstaltet und ein Exemplar des „Grazer Volksblatt“ verbrannt.

Graz, 28. Nov. Die Anwesenheiten dauerten bis zum späten Abend fort. Militär räumte die Straßen. Im Untermarkt war die Stadt ruhig, jedoch noch mitteilhaft belet.

Prag, 27. Nov. Wählig trat die Ankunft einiger oppositioneller Abgeordneter aus Wien ein, ammelte sich eine größere Menge, jumeist Arbeiter und Studenten, am Bahnhof an und zog, von der Polizei zurück, in die Stadt. Auf dem Wenzelsplatz wurden die Wachleute mit Steinen beworfen, so daß daher blank und zertrümmert die Menge. Zwei Personen wurden verletzt.

Prag, 28. Nov. Die Teilnehmer an einer Versammlung der Arbeiter heute vormittag eine Demonstration, wurden aber zerstreut. Eine Arbeiter wurde verhaftet.

Eger, 27. Nov. Seit 8 Uhr abends ist die Stadt der Schauplatz großer Demonstrationen. Tausende von Menschen durchziehen die Stadt, fast die ganze Bevölkerung ist auf den Straßen. An der Kundgebung beteiligten sich Nationale und Sozialisten, letztere zerstreut sich jedoch bald. Vor der Wenzelsplatzmannschaft gab es stürmische Mute. Es wurden auch die „Wacht am Abend“ und das „Vormarsch-Lied“ gesungen. Die Demonstration erreicht den Tod den Beschlüssen des Reiches

meißer und der Sache vor 10 Uhr ihr Ende. Das in Freiheit gebliebene Militär fand seinen Anlaß zum Einschreiten.

Am 28. Nov. Gestern abend durchzogen etwa 1000 Demonstranten die Stadt und zogen sich nach dem Stadtpark. Einige Prager der Kundgebungen sowie mehrere von städtischen Beamten bewohnten Privathäuser wurden eingeschoren.

Frankreich.

Die Regierung wünscht die Angelegenheit Dreyfus möglichst schnell zu erledigen. General Pellissier wird seinen Bericht hauptsächlich am Dienstag dem General Staffler zufließen, der darüber Bericht geben wird, aber es ist möglich, daß dieser Bericht nicht dazu führen wird, daß der Prozess Dreyfus wieder aufgenommen wird. Man soll in der That meinen, feststellen zu können, daß bestimmte Schriftstücke, von denen noch nicht die Rede war, dem Dreyfus in Angelegenheit des Prozesses unterbreitet wurden. Es würde angeordnet werden, auf einen Geheimagenten zu fahnen, auf dessen verdächtiges Einverständnis mit ausländischen Mächten man aufmerksam geworden ist. Bei seiner Verhaftung seien aberbald kompromittierende Tatsachen festgestellt worden. Ein Abendblatt sagt ferner, es könne verfahren, daß der Kriegsminister dem Kaiser den Ansuchen auf das Genueve von allen mit dem Senator Schurer-Kettner angelegten Beschwerden Kenntnis gegeben habe. Keines von den unläufigen Gerüchten über eine Verhaftung bezieht sich. — Ein Freund des Senators Schurer-Kettner erzählt in den Wandlungen der Kammer, Schurer-Kettner habe in Betreff des Antrages der Genueve große Zuversicht gezeigt und sei mehr wie je von der Unschuld Dreyfus' und davon, daß dieselbe schließlich an den Tag kommen werde, überzeugt. — Der Herzog von Orleans richtete ein phrasenhaftes Schreiben an die republikanische Partei, worin er seine Enttäuschung darüber andeutet, daß die Armee, welche seine Vorhaben so hoch gefeilt, jetzt solchen Verleumdungen ausgesetzt ist.

Bei den Reichstagswahlen für den General Joffe hielt der Reichstag in ihrer Rede, in welcher folgende Stelle vorkam: Die andächtige Stimmung bei dieser ersten Wahlfeierlichkeit geht den Führern der Armee und dem strengmoralischen Anlaß, an schmerzliche und vorübergehende Bewusstseinsverluste zu denken, welche die Armee wohl erleiden und in Trauer versetzen können, niemals aber imstande sein werden, ihre Ruhe und ihre stillschweigende Eingebung an die Pflicht zu brechen, und den Reich der Armee zu verlassen. Die französische Armee ist wie die Sonne, deren Strahlen, weit entfernt davon, ihr Licht zu vermindern, ihren Strahlen nur helleren Glanz verleihen.

Vom 30. November bis 5. Dezember d. J. findet in Paris ein französisch-englischer Ratifikationstag statt, an dessen Vorbereitungen eifrig gearbeitet wird. Die Arbeiten und Beratungen werden in drei Sektionen vertheilt: kirchliche und weltliche Werke, soziale Werke, Vertheidigung der katholischen Interessen. Die zweite Sektion umfaßt folgende Unterabteilungen: Verbände katolischer Werke, Schulfrage, Presse, Vorträge und Propaganda, Kampf gegen die Freimaurerei, Werke für Industriearbeiter, Handelsangelegenheiten und Handelsverträge, Werke für den Bauernstand, Jugenderwerbe, Singsalgenvereine.

Die Verhandlungen der französisch-englischen Nigerkonferenz dauern fort. Man glaubt, daß noch mehrere Sitzungen nötig sein werden, um zu einem Ergebnis zu kommen, da die Kommission nur eine Menge von Beweismitteln zu prüfen hat. — Hierbei sei gleich bemerkt, daß die letzten Meldungen aus Dahomee in Uebereinstimmung mit den von der britischen Regierung zugegangenen Nachrichten lauten, daß das Gerücht von einem Aufstande zwischen Franzosen und Engländern der Begründung entföhre. Die Franzosen hätten Riffi ohne Kampf besetzt, während die Engländer in ihren Quartieren blieben.

Schweiz.

In Zürich fand eine geheime Konferenz von Stadtvätern der größeren Orte der Schweiz statt, die den Zweck hat, schärfer und einheitlicher Handhaben der Fremdenpolitik in allen Kantonen zu erörtern. Besonders gegen die Duldung schweizerischer Ausländer soll schärfer vorgegangen werden.

Italien.

General Morra di Lauriana, der neue italienische Botschafter in Petersburg, wird in der zweiten Hälfte des Dezember dorthin abreisen mit dem Auftrage Biscioni Desio's, auf den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Italien und Rußland eifrig hinzuwirken. Biscioni Desio unterbreitet der Kammer ein Grundbuch über den türkisch-argentinischen Krieg.

Spanien.

Für die Regierung bildet den Hauptgegenstand der Sorge augenblicklich der von Cuba abberufene General Weyler. Der General ist in Barcelona sehr nachdrücklich für die völlige Unterwerfung Kubas, an der er selbst sich mit so häufigem Mißerfolge versucht hat, eingetreten und hat die Gewährung der Antonione beklammert. Er hat damit bei der Nationalpolitik der Spanier und ihrer Vorgesetzten vor dem Verluste des kubanischen Wertes lebhaften Anlaß gefunden und der Regierung neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Das ist nicht daran denken kann, die von dem General Weyler empfohlenen Maßnahmen zu geben, ist selbstverständlich, schon die Nichtachtung auf die Vereinigten Staaten würde ihr die Wiederholung eines solchen unglücklichen Verlustes unbedingt verbieten. Uebrigens kommt aus Salamanca das 20. Auffassende sehr der Bestätigung bedürftige Meldung, daß 200 aufständische Spanier sich unterworfen hätten. — Der Generalkapitan der Philippinen meldet ferner, daß die aufständischen Führer beschlossene haben, in ihre Provinzen zurückzuziehen und den Krieg aufzugeben.

In Barcelona begannen am Sonntag die Verhandlungen im Prozeß gegen die Anarchisten, die bischuldig sind, am 1. September 1896 eine Dynamitbombe in das Parlamentgebäude geworfen zu haben, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Die diesjährige grosse **Ausstellung** bietet eine reiche Falls hervorragender **Geschäftshaus** **Verkauf-Gelegenheitskäufe**, welche sich ganz besonders zu schönen und nützlichen Weihnachts-Geschenken eignen. **Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.**

Um bis zum Beginn der Ende Dezember stattfindenden Inventur mit den Lagerbeständen möglichst zu räumen, haben wir auch in diesem Jahre in allen Abteilungen **grosse Posten** zusammengestellt, die zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** zum Verkauf kommen:

In wollenen Kleiderstoffen:

Beiges, Alpaccas, Barèges, Cheviots, Crêpes, Tuche, engl. Phantasiestoffe, abgepasste Roben, Ballstoffe zu Promenaden- und Gesellschaftskleidern!
 Halbwoollene melierte Stoffe in soliden Qualitäten zu Wirtschaftskleidern!

In seidnen Kleiderstoffen:

Surahs façonnés, Damassés, Epinglés, Streifen, Taffete, Pongés, Foulards, Seidengaze, in einzelnen Roben bis zur Hälfte des früheren Preises. Reste zu Blusen und Besätzen!
 Plaids, seidene Cachenez und Echarpes, seidene und wollene Schürzen!

In Damenkongfektion:

Regenmäntel, Jackets, Kragen, Kleider, Morgenröcke, Blusen, Unterröcke!

Da wir nur **bessere Kleiderstoffe** und Kongfektion führen, so bietet sich hiermit **besonders günstige Gelegenheit** zu **vorteilhaften Wechnachts-Einkäufen**.

Bokmann & Serauky

Brüderstrasse 16, part. u. I. Etage.



Uhren

in Gold, Silber und Nickel
 verfertigt unter schriftlicher Garantie soll u. vertriebt
E. Senn, Uhrenfabrikant,
 Basel, Schweiz.

Man verlange den illustrierten Katalog, welcher sofort
 franco zugesandt wird. — Sortieren nach der Schweiz
 kosten 10 Sfg. Briefe 20 Sfg.

Brief- u. Rechnungs- Ordner

empfiehlt

Aug. Weddy, Leipziger Str. 22.

Wiederverkäufer

empfehle:
 gefärbte Rubben,
 Buppenfärbie,
 gefärbte Spielbacheln,
 Wilderbögen,
 Wilderbögen,
 Zettos,
 Größbaumkamm,
 Gold- und Silberbaum,
 buntes Papier,
 Anhalter,
 Anhalter,
 Baumfärbie,
 Anhalterbacheln,
 Lederwaren,
 Schmuckfächer,
 Schlaraffen,
 Weihnachts-Weihnachten
 und sonstige Weihnachts-Neuheiten
 in archaischer Auswahl
 zu billigen Engros-Preisen

Albin Hentze,
 24 Schmeerstrasse 24.



W. Brandt's Imitation
 ist seit 1862 die beste! Nachfolgend werden
 in- und ausländisch imitirt bei
W. Brandt, Nicolstr. 10, part.

C. Hammer,
 42 Leipzigerstr. 42.
 Specialität:
 Weder mit Absteller
 Nr. 2, 50.
 Bestand gegen Nach-
 nahme
 Reparaturen: Feder-
 einlegen 1 u. 2 Gros,
 Feiner Uhrreine 10 u. 20

Auction.
 Dienstag, den 30. November d. J.
 Vormittags von 10 Uhr an verleierte ich
 in dem Grundstück von Ed. Oppermann
 in Seiffen, Domschtr. 25
 zwangsweise:
 63 Zent Knochentabletten, 1 1/2
 Zentimeter, 4 Zentimeter
 hoch, 1 Zentimeter hoch, 4 Zentimeter
 mit Rinder- und Blumenbögen,
 eine Dünnermühle, eine Decimals-
 waage, 1 Karre, 26 Baumstämme,
 ein Ständerrechen, 1 Sofa mit
 grünem Bezug, 1 Bettfuss, 2 Holz-
 stühle, 1 Spiegel, 1 u. 2 u. 2
 und. Gegenstände, welche
 bestehend gegen Baarzahlung
Neumann,
 Gerichtsvollzieher in Halle a/S.

Große Auction! Dienstag den
 30. d. Mts., Vorm. von 10 Uhr ab
 Versteigerung der archaischen
 im Wege der Zwangsversteigerung
 der Seiffen-Immobilien. Zu kommen zum
 Verkauf allerhand Waaren, etwa 40
 Tsd. bis. Schüsseln, Schrauben, Nieten,
 Nieten, allerhand Beschläge, Bohrer,
 Schweißlötlampe, Engel, Gerichtsvollzieher.

Die Spieltheater der Stadt-Regierung
 befinden sich
**St. Gertraud, Neue Promenade 1 und
 Markt 24 (Hauptgebäude).**

Gustav Spenner

Weingrosshandlung, Halle a. S., Schmeerstrasse 11.

* Weine *

offerire zu folgenden billigem Preise:
Hardt- u. Moselwein die ganze Flasche 55 Pf., 75 Pf. u. 1 Mk.
Rheinwein die ganze Flasche Mk. 1, Mk. 1.25 u. 1.50 Mk.
Rothweine " " " 75 Pf., 1 Mk., 1.25, 1.50, 1.75 u. 2 Mk.
Medicinalweine die ganze Flasche 1.25, 1.00 u. 2 Mk.
Deutsche Champagner
 die ganze Flasche Drei-Kaiser-Sect 1.50 Mark
 Germania-Sect 1.80
 " " " Kupferberg-Gold 3.25
 " " " Silber 2.80
 " " " Kupfer 2.50
Südweine
 die ganze Flasche Portwein Mk. 1.00, old Sherry 1.00, Madeira Mk. 1.75,
 Malaga 2 Mk.
Garantirt echten Kingston-Rum
 die Liter-Flasche No. I Mk. 3.50, No. II Liter-Flasche Mk. 4,
 Nr. III Liter-Flasche 5.25 Mk.
Garantirt echten französischen Cognac
 die ganze Flasche 1 Stern Mk. 2.25, 2 Stern Mk. 3.50, 3 Stern 4 Mk.
Deutschen Cognac und Rum die Liter-Flasche 1.75 Mk.
**Sämmtliche Weine entsprechen vollständig dem Nah-
 rungsmittel-Gesetze, wofür ich volle Garantie übernehme.**
Kisten, Flaschen und Packung wird nicht berechnet

Cravatten, Träger.
 Glacé-, Wildleder-
 Handschuhe.
 Militär-
 Effecten.
Pelzwaren eigener Fabrik.
 Reichhaltiges Lager
 in
**Damen- und Herren-
 Pelzen,**
 Garnituren, Baretts etc.
Chr. Voigt
 Filz-, Seiden-
 und
 Fantasie-Hüte.
 Halle a. S., Fernspr. 244. Schmeerstr. 21.
 Chapeaux
 mécaniques.
 Gegründet 1822.

Gut und
 doch billig.
**Louis's
 Mähne**
 Triumph Mod. 1865.
**Gas-Petroleum-
 Solaröl-Benzin-
 Motore.**
**Boots-Motore
 Motorboote.**

Multiplex-Gasfernzündung
 bietet die gleichen Vortheile wie electricisches Licht, indem
 beliebig viele Gasflammen von irgend einem Punkte aus ent-
 zündet werden können. Viele Anlagen hiersebst ausgeführt,
 darunter im Universitäts-Lehrgebäude eine solche von circa
 200 Flammen. Alleiniger Vertreter für Halle a. S.:
F. A. Richter,
 Franckestr. 7 u. Kl. Ulrichstr. 15a.

Motorenfabrik Werdau,
 A.-G., Werdau i. S.
 Gas-,
 Benzin-,
 Petroleummotoren,
 Locomobilen.
 Neueste Auszeichnung: „Goldene Medaille“ Sachs.-Thür. Ind- und
 Gew.-Ausstellung 1897.

Weihnachtsgeschenke
 in grösster Aus-
 wahl von **Glas-, Porzellan- und Porzellan-
 und Porzellanwaren**
 jeder Art empfiehlt wegen gänzlichen Anverkauf bei 20% Preisermäßigung
Porzellanhandlung E. André, Gr. Märkerstr. 21.
Christbaum-Schmuck.
 Wegen Nachnahme oder Bestellung von nur 5 Mark verleierte franco
 einloft. Verpackung 1 Kiste mit dem herrlichen Glasbaumzweig und noch
 10 Gattungen mit je 12 verschiedenen reizenden Neheiten. Unpompöse
 Singeln und Vier-Neuertungen. Preisliste, Katalog gratis. Zu. keine Verleihen.
 eine weitere Sendung.
C. Roschmann, Neubaus a. Mts., Thür.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: B. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Sendel.

Mit 2 Beiführern und Unterhaltungsfahrt.